

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 1. Juni 2007

GdP begrüßt Minister-Einigung zur Einführung des Digitalfunks für die Polizei

Berlin. „Die heutige Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb des Digitalfunks der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) durch die Innenminister von Bund und Ländern gibt der Polizei Planungssicherheit. Die jetzt festgezurrte Einführung und vor allem die Einigung über die Finanzierung des Digitalfunks für die Polizei schließt eine nicht unerhebliche Sicherheitslücke in Deutschland“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, heute in Berlin.

Freiberg: „Nach dem langen Hickhack um den digitalen Polizeifunk konnten die Minister ein unrühmliches Ende dieser für die Sicherheit in Deutschland wichtigen technischen Erneuerung verhindern.“ Zudem, so Freiberg, sei es erfreulich, dass ein technisches Auseinanderdriften der Länder nun unwahrscheinlich sei.

Die GdP appelliert an die politisch Verantwortlichen den Zeitplan für die Einführung bis 2010 einzuhalten.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190